Der deutsche Kennedy und seine Stadtkommandanten

Für Willy Brandt war die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten unverzichtbar. Dennoch misstraute man in Washington seiner Ostpolitik.

Von Daniel Koerfer

(West-)Berlins Regierender Bürgermeister Brandt und der amerikanische Präsident Kennedy besuchten am 26. Juni 1963 den Grenzübergang Checkpoint Charlie. Foto Ullstein

Westbindung, Westintegration, transatlantische Allianz mit den Vereinigten Staaten – das sind Grundpfeiler in der Statik der Bundesrepublik. Anders als viele Sozialdemokraten hat Willy Brandt das – darin Konrad Adenauer ähnlich – schon früh erkannt und sich zeitlebens, bei aller Kritik in Einzelfragen, nie mehr davon abbringen lassen. Obendrein hat Brandt sich ganz ungeniert zum „deutschen Kennedy" stilisiert, stilisieren lassen, hat vom medialen Strahlenglanz des jugendlichen Präsidenten in Washington geschickt zu profitieren verstanden. Es macht also durchaus Sinn, sich einmal gründlicher sein Amerika-Bild, seine transatlantischen Verbindungen im Wandel der Zeiten anzuschauen, wie es die Bonner Historikerin Judith Michel tut. Allerdings sind nicht nur Papier, sondern auch Lesezeit und Sehkraft begrenzte Ressourcen – eine energische Straffung des Textes bei großzügigerem Schriftbild hätte keinesfalls geschadet. Und der Einstieg ins Thema misslingt überdies: Ein „kognitionsgeleiteter Ansatz" zur Untersuchung von „Brandts Perzeptionsstrukturen" solle verfolgt werden, verheißt die Autorin. Willy Brandt hätte zu derlei pseudowissenschaftlichen Ankündigungen wohl nur trocken angemerkt: „Zuviel Gedöns." Im weiteren Text spielen sie keine Rolle mehr.

Willy Brandt, Jahrgang 1913, im Abitur noch in Englisch „mangelhaft" – später wird er sich darin so fließend ausdrücken wie kein anderer Kanzler –, kommt erstmals im schwedischen Exil mit Amerikanern in Berührung, kooperiert gegen Hitler mit dem Geheimdienst OSS wie auch mit dem sowjetischen NKWD, bewundert Franklin D. Roosevelts New Deal. 1945 setzt er auf „loyale Haltung, aufrichtige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, aber auch mit den USA". Er will im Nachkriegsdeutschland politische Freiheit nach amerikanischem, die Gestaltung der Wirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Dann der fundamentale, nachhaltige Wandel als Verbindungsmann der SPD in Berlin, der Hauptstadt des heraufziehenden Kalten Krieges, als junger Helfer Ernst Reuters. Unter dem Eindruck von Blockade und anhaltender sowjetischer Bedrohung festigt sich seine Überzeugung, eine enge Kooperation mit der westlichen Zentral- und Hegemonialmacht Amerika sei für die westdeutsche Seite überlebenswichtig, unverzichtbar.

Brandt beginnt schon vor seiner Zeit als Regierender Bürgermeister ein von der Autorin sorgfältig aufgefächertes breites Netzwerk zu Amerikanern zu knüpfen, zu Lucius D. Clay und John McCloy, Eleanor Dulles, Shepard Stone und vielen anderen, das er über die Jahre und Jahrzehnte pflegt, betreibt mit Hilfe von Roy Blumenthal Public Relations in den Vereinigten Staaten, lässt durch Harold Hurwitz „Berlin Briefings" an wichtige Multiplikatoren in Washington senden. So sorgfältig all dies herauspräpariert wird, die Rolle Berlins im Kalten Krieg ist der jungen Autorin zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall nicht mehr wirklich präsent. Sie staunt über die „Sonderbehandlung, die Brandt als Regierendem Bürgermeister häufig zuteil geworden ist", erwähnt, dass er „selbstverständlich die Kontakte mit den Vertretern der alliierten Missionen in Berlin pflegte".

Nun, die westlichen Stadtkommandanten waren die heimlichen Herrscher, waren die „Chefs" von Brandt, auch wenn das nach außen hin kaum in Erscheinung trat. Und Berlin war damals tatsächlich die einzige Stadt der Welt, wo Probleme von Schrebergärten im Schatten eines möglichen Atomkriegs entschieden werden mussten. Gelungen sind jene Passagen, die sich mit Brandts Verhältnis zu den amerikanischen Präsidenten befassen. Kennedys erfolgreicher Wahlkampf wurde von der SPD auf die Bundesrepublik übertragen mit Folgen bis heute – vom „Kanzlerkandidaten" über Nominierungsparteitag und Nominierungsrede bis hin zum „canvassing". Den ihm fortan wichtigen Begriff der „compassion", der Brüderlichkeit, borgt sich Brandt von Kennedy. Seine tiefe Enttäuschung über die vorsichtige Reaktion des Präsidenten auf den Mauerbau im August 1961 – „a wall is a hell of a lot better than a war" – wird nach außen hin ebenso erfolgreich kaschiert wie Kennedys Skepsis gegenüber Brandt: „I don't trust this man at all. Where does he get off calling me a friend?"

Eine ähnliche Trouvaille ist das Psychogramm von Brandt, das sich Präsident Lyndon B. Johnson vor der ersten Begegnung anfertigen lässt. Von „Eitelkeit, Mangel an Kritikfähigkeit, Launenhaftigkeit, Abhängigkeit von politischen Beratern, Alkohol- und Eheproblemen", aber auch von „politischem Instinkt, Charisma, Führungsqualitäten, großer Beliebtheit" ist da die Rede. Verdeckte Ambivalenzen bestimmen auch das Verhältnis von Richard Nixon und Henry Kissinger zum Bundeskanzler Brandt (seit 1969) und seinem wichtigsten Helfer auf dem Feld der Ostpolitik, Egon Bahr. Brandt sei „dumm", „faul", „trinkt zu viel", heißt es in den Watergate-Tonbändern. Die Ostpolitik gerate zu konzessionsbereit gegenüber dem Ostblock, „zu nationalistisch, zu sozialistisch", meint man in Washington. Dean Acheson rät Ende 1970 der Bundesregierung sogar öffentlich „to cool down the mad race to Moscow". Andererseits arrangierte sich Kissinger rasch mit der neuen deutschen Selbständigkeit, verhielt sich professionell, ignorierte bei allen Sympathien für die CDU/CSU etwa Rainer Barzels Bitten um Rückendeckung in der Ratifikationsdebatte der Ostverträge.

Als Altkanzler (seit 1974) und Präsident der Sozialistischen Internationale ging Brandt, der nie, auch nicht nach dem Massaker von MyLai oder den Bombardierungen Kambodschas und Hanois das amerikanische Engagement in Vietnam öffentlich kritisiert hatte, stärker auf Distanz zu Washington, verurteilte die Militärinterventionen in Lateinamerika, attackierte Präsident Reagan, warnte vor der Nachrüstung und davor, „die Sowjetunion kaputtzurüsten" (genau das geschah und führte zum Zerfall des Ostblocks). Aber auch hier stellt die Autorin jenes für Brandt oft typische „Sowohl-als-auch" fest. Denn den Anhängern der deutschen Friedensbewegung rief er gleichzeitig zu: „Bei allem, was bei uns über Antiamerikanismus geredet wird – ich fühle mich an wenigen Orten der Welt so wohl wie in Washington. Dort diskutieren sie über die gleichen Dinge wie wir." Auch wenn dies für jugendliche Ohren fremd klingen mochte, drückte Brandt aus, was vermutlich viele seiner Generation empfanden, von der sein Vertrauter und Freund Klaus Harpprecht einmal sagte: „Wir mussten nach dem Krieg alle erst Amerikaner werden, um Europäer werden zu können."

Judith Michel: Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1993. Bonn University Press im Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen 2010. 564 S., 67,90 €.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
02.10.2010, Literaturbeilage, Seite L32

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Archiv